

Husumer Nachrichten - Donnerstag, 03.06.2010

Gegen „Strafsteuer“ für die Menschen an der Küste

Nordfriesland

„Küstenschutz ist für uns alle das Wichtigste“, sagt Gaby Edlefsen. Dessen Kosten könnten aber weder die Gemeinden noch die „Vorteilhabenden“ tragen, betont die Kreistagsabgeordnete der Wählergemeinschaft Nordfriesland/Die Unabhängigen. Die WG-NF bringt deshalb in die morgige Sitzung des nordfriesischen Kreistages eine Resolution gegen die vom Land geplante Küstenschutz-Abgabe ein. Die Regierung wird darin aufgefordert, die zur Finanz-Konsolidierung angedachte zweckgebundene Abgabe abzuwenden. Angesichts der Bedeutung des Küstenschutzes für die nordfriesische Küste, insbesondere aber die Inseln und Halligen, sei die geplante Abgabe wie eine „Strafsteuer“ zu sehen, heißt es in der Begründung. Die Lebenshaltungskosten seien dort ohnehin schon wesentlich höher als auf dem Festland, die eingeschränkten Verkehrsanbindungen eine erhebliche Belastung. Auch vor diesem Hintergrund dürfe den Bewohnern der Eilande keine zusätzliche Beteiligung aufgebürdet werden. Und: „Küstenschutz darf wegen seiner grundlegenden Bedeutung für die Sicherheit von Menschen nicht der geplanten Kosten-Nutzen-Betrachtung unterworfen werden. Der Schutz der Küstengebiete ist und bleibt eine komplexe Aufgabe der Landesregierung“, betont die WG-NF.

fu